

## **Grüne für gesetzlichen Mindestlohn in Niedersachsen und überall in Deutschland**

*„Unternehmen, deren Existenz lediglich davon abhängt, ihren Beschäftigten weniger als einen zum Leben ausreichenden Lohn zu zahlen, sollen in diesem Land kein Recht mehr haben, weiter ihr Geschäft zu betreiben“ (Franklin D. Roosevelt, ehemaliger US-Präsident, 1933)*

Die Zahl der Menschen, deren Lohn trotz Vollzeitarbeit zum Leben nicht reicht, hat sich in den vergangenen zwei Jahren mehr als verdoppelt: 1,3 Millionen Menschen in Deutschland müssen zusätzlich zu ihrem Lohn Hilfen nach Hartz IV beantragen.

Ein krasses Beispiel in Niedersachsen sind Niedrigstundenlöhne um drei Euro in der Fleischindustrie. Mit der Beschäftigung osteuropäischer Arbeitskräfte zu Billigtarifen werden angestammte Belegschaften auf dieses Niveau gezwungen oder in die Arbeitslosigkeit geschickt. Im Pflegebereich werden für Arbeiten mit kranken und pflegebedürftigen Menschen in ausgelagerten Servicegesellschaften Niedriglöhne zwischen 5,50 und 6,50 Euro gezahlt.

Von derartigen Niedriglöhnen kann niemand seinen Lebensunterhalt bestreiten; geschweige denn Kinder ernähren. Mit der erforderlichen „Aufstockung“ auf das Niveau von Hartz IV muss der Staat einspringen und Dumpinglöhne von Unternehmen auf ein existenzsicherndes Niveau erhöhen.

Es ist nicht die Aufgabe des Staates, auf diesem Wege Unternehmen zu subventionieren, die behaupten, anders seien sie in der nationalen und internationalen Konkurrenz nicht wettbewerbsfähig.

Wir sagen nein zu dieser Plünderung der öffentlichen Kassen und fordern angemessene Mindestlöhne, die von Unternehmen und nicht als Kombilohn mit staatlicher Hilfe gezahlt werden.

Wir sehen bereits jetzt, dass durch schamloses Dumping das Lohngefüge ins Rutschen gekommen ist. Dies geschieht auch durch die Auslagerung von Tätigkeiten, die von externen Auftragnehmern unter Zahlung von Niedriglöhnen erledigt werden. Die Gewinne steigen, die Löhne sinken.

Wir stellen fest, dass eine wachsende Zahl von Familien nur durch staatliche Leistungen in die Lage versetzt wird, ihr Existenzminimum zu sichern. Auf diesem Wege wird vielen Familien eine angemessene gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe verwehrt. Gerade Kindern werden damit Bildungschancen genommen.

Wenn Vollzeitarbeit nicht mehr ausreicht, um die Existenz zu sichern, dann ist ein Grundprinzip des gesellschaftlichen Zusammenlebens in unserem Land verletzt. Niedriglöhne stehen im massiven Widerspruch zu den Einkünften vieler Führungskräfte in Großunternehmen. Nicht selten werden von ihnen Millionenbeträge kassiert, obwohl sie für schlechte Leistungsbilanzen und erhebliche Verluste von Arbeitsplätzen verantwortlich sind. Das ist ein Beitrag zur Verschärfung der sozialen Gegensätze in Deutschland.

Die Führung der Bundes-CDU hat sich am vorletzten Wochenende für ein Mindesteinkommen ausgesprochen, bei dem Niedriglöhne durch Staatszuschüsse erhöht werden. Dieses Kombilohnmodell ist Beihilfe zur Lohndrückerei. Für die FDP ist bereits ein branchenbezogener Mindestlohn „bürokratische Staatswirtschaft“ und damit Teufelswerk.

Die schwarz-gelbe Landesregierung in Niedersachsen hat selbst dem inzwischen geltenden Mindestlohn für Briefzustellerinnen und Briefzusteller ihre Zustimmung im Bundesrat verweigert. Der FDP ist zuzutragen, dass sie den tatsächlichen Stundenlohn bei manchen Subunternehmen der Pin Group von 4 bis 6 Euro für ausreichend hält.

#### **Die niedersächsischen GRÜNEN fordern:**

- dass die Existenzsicherung arbeitender Menschen nicht vom Staat finanziert, sondern von den Unternehmen als Lohn bezahlt wird.
- dass der Staat seiner Verantwortung gerecht wird und Minimalbedingungen für eine menschenwürdige Entlohnung im ganzen Land festlegt.
- dass 7,50 Euro Stundenlohn als Einstieg in einen flächendeckenden Mindestlohn gesetzlich fixiert wird. Dieser Stundenlohn ist derzeit das Minimum, auf dessen Basis in den folgenden Jahren eine flächendeckende Mindestregelung entwickelt werden muss.
- dass sich eine neue niedersächsische Landesregierung für einen Mindestlohn im Bund und in Niedersachsen stark macht.
- dass SpitzenverdienerInnen stärker an der Finanzierung der Staatsaufgaben beteiligt werden. Gerade Abfindungen in Millionenhöhe müssen entsprechend hoch besteuert werden.